ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wohlers, Eckhardt

Article — Published Version

Nicht der große Wurf

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (2005) : Nicht der große Wurf, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 85, Iss. 11, pp. 682-683, https://doi.org/10.1007/s10273-005-0436-1

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/42479

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

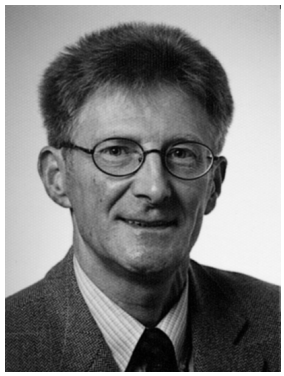
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-005-0436-1

Nicht der große Wurf



Eckhardt Wohlers

Im Schlepptau der kräftig expandierenden Weltwirtschaft hat auch in Deutschland die Konjunktur in diesem Jahr wieder Fahrt aufgenommen. Die Erholung kommt aber weiterhin nur schleppend voran, so dass auch zwei Jahre nach Überwindung der Rezession von einem Aufschwung noch nicht die Rede sein kann. Die Konjunktur lebt nach wie vor in erster Linie von Impulsen aus dem Ausland, und die Erholung wird vor allem vom Export getragen. Die Binnennachfrage kommt dagegen nicht auf die Beine. Der private Verbrauch ging in der ersten Jahreshälfte als Folge der kräftigen Verteuerung von Energie erneut zurück. Auch bei den Bauinvestitionen zeigt sich noch kein Ende der nun schon fast zehn Jahre anhaltenden Talfahrt. Einziger Lichtblick sind die Ausrüstungsinvestitionen; sie sind seit Frühjahr 2004 wieder aufwärts gerichtet. Angesichts der geringen konjunkturellen Dynamik lässt die Wende am Arbeitsmarkt auf sich warten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war bis in den Sommer hinein rückläufig, und die Arbeitslosigkeit ist, auch wenn man die Verzerrungen durch Hartz IV außer Acht lässt, bis zuletzt gestiegen.

Zwar haben sich in den Sommermonaten die Auftragseingänge und die Produktion in der Industrie spürbar erhöht, und das Geschäftsklima hat sich wieder aufgehellt. Eine Trendwende bedeutet das aber noch nicht. Denn zum einen kommen die Anregungen weiterhin überwiegend aus dem Ausland. Zum anderen haben gerade in den vergangenen Monaten die Energiepreise nochmals deutlich angezogen, und die davon ausgehenden dämpfenden Effekte werden insbesondere den privaten Verbrauch noch einige Zeit belasten. Für den Rest dieses Jahres ist deshalb kaum schon mit einer spürbaren Verbesserung der konjunkturellen Lage zu rechnen.

Immerhin gehen die sechs großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten davon aus, dass sich die konjunkturelle Erholung im Jahre 2006 leicht beschleunigen wird. Der Export wird zwar wegen der ruhigeren Gangart der Weltkonjunktur nicht mehr ganz so kräftig expandieren, dies dürfte aber durch eine etwas regere Binnennachfrage überkompensiert werden. Die Hoffnungen ruhen dabei vor allem auf der Investitionstätigkeit, die weiterhin durch das günstige weltwirtschaftliche Umfeld angeregt wird. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen günstig, die Ertragslage ist bei vielen Unternehmen gut und die Kapazitätsauslastung ist in den exportorientierten Bereichen deutlich gestiegen. Das spricht dafür, dass die Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr merklich steigen werden. In vielen binnenmarktorientierten Bereichen bessert sich die Investitionsneigung allerdings nur zögernd. Der private Verbrauch bleibt auch 2006 das Sorgenkind; im Jahresdurchschnitt wird er bestenfalls stagnieren. Alles in allem rechnen die Institute für das Jahr 2006 mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,2%, nach 0,8% in diesem Jahr. Für eine durchgreifende Wende am Arbeitsmarkt ist das zu wenig. So wird die Zahl der Arbeitslosen mit 4,76 Millionen nicht viel niedriger sein als 2005.

Angesichts der hartnäckigen Wachstumsschwäche und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit muss die neue Regierung alles daran setzen, die Wachstumskräfte zu stärken und die Weichen für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt zu stellen. Dazu sind weitreichende Reformen in vielen Bereichen notwendig; die bisherigen Maßnahmen reichen zur Lösung der fundamentalen Probleme der deutschen Wirtschaft längst nicht aus. Notwendig ist vor allem ein in sich geschlossenes Konzept mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen, das erkennen lassen muss, wie die bestehenden Probleme angepackt und gelöst werden sollen. Gemessen daran ist der jetzt vorliegende Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD

enttäuschend. Er ähnelt eher einem Katalog von nicht abgestimmten, zum Teil sogar kontraproduktiv erscheinenden Einzelmaßnahmen als einem konsistenten, zieladäquaten Konzept.

Der Koalitionsvertrag enthält zwar durchaus eine Reihe von Vorhaben, die – wenn sie umgesetzt werden – geeignet sind, die Wachstumskräfte zu stärken. Es handelt es sich dabei aber vielfach noch um Absichtserklärungen, und sie stehen unter einem generellen Finanzierungsvorbehalt. Auch ist der Zeitrahmen oft nicht sehr ehrgeizig. Dies gilt nicht zuletzt für die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung, die erst für 2008 vorgesehen ist. Möglicherweise kann aber das Konzept des Sachverständigenrates, das im Januar nächsten Jahres vorgelegt wird, den Prozess beschleunigen. Auch die Reform und Vereinfachung des Steuerrechts wird erst einmal hintangestellt. Bleibt nur zu hoffen, dass sie nicht – wieder einmal – auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird.

Hohe Priorität wird – zu Recht – der Sanierung der Staatsfinanzen eingeräumt. Gleichzeitig wird aber für die nächsten vier Jahre ein kostenträchtiges Programm zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung mit einem Volumen von insgesamt 25 Mrd. Euro angekündigt. Die Finanzierung bleibt unklar; es wird lediglich gesagt, dass sie zur Hälfte über einen Zukunftsfonds erfolgen soll, der aus einer Mobilisierung bundeseigenen Vermögens gespeist wird. Mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte soll ernsthaft erst im Jahre 2007 begonnen werden; für das kommende Jahr ist schon jetzt erneut ein „nicht verfassungskonformer" Haushalt und ein weiteres Überschreiten der 3-Prozent-Marke beim Budgetdefizit angekündigt. Der Koalitionsvertrag sieht zwar vor, dass zur Konsolidierung zunächst alle Einsparpotentiale auf der Ausgabenseite geprüft werden sollen. Hier werden aber offenbar nur wenig Möglichkeiten gesehen, denn tatsächlich soll die Konsolidierung vorrangig über höhere Steuern und den Abbau von Steuervergünstigungen – was letztlich ebenfalls auf höhere Steuerbelastung hinausläuft – erfolgen. So wird der Mehrwertsteuersatz ab 2007 von 16 auf 19% erhöht und damit stärker, als von der CDU im Wahlkampf gefordert. Die Mehreinnahmen sollen vorwiegend zum Stopfen von Haushaltslöchern und nur zu einem geringen Teil zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden. Unter Wachstumsaspekten ist all das kontraproduktiv, und die Konjunktur, die 2006 durch zusätzliche Maßnahmen angeregt werden soll, wird dadurch wieder gedämpft. Zur Senkung der Lohnnebenkosten sollen zwar die Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte gesenkt werden, gleichzeitig wird aber der Beitrag zur Rentenversicherung von 19,5 auf 19,9% heraufgesetzt. Insgesamt sind die Entlastungen bei den Arbeitskosten zu gering, um der Beschäftigung nennenswerte Impulse zu geben. Überdies scheut die Koalition im Problembereich Arbeitsmarkt durchgreifende Reformen, so dass auch von dieser Seite her so bald nicht mit einer durchgreifenden Besserung der Beschäftigungssituation zu rechnen ist.

Alles in allem ist der Koalitionsvertrag nicht der angekündigte Befreiungsschlag, auch weil wichtige Probleme wie die Reform des Gesundheitswesens oder der Pflegeversicherung erst einmal vertagt worden sind. Er stellt zwar eine Einigung dar, aber keine Lösung der fundamentalen Probleme, an denen die deutsche Wirtschaft krankt. Auch deshalb wird es für die Regierung schwer werden, Vertrauen zurückzugewinnen und eine Aufbruchstimmung zu erzeugen, die konjunkturell eine Initialzündung bringen könnte. Bleibt nur zu hoffen, dass die positiven Ansätze, die der Koalitionsvertrag enthält, nicht dem Finanzierungsvorbehalt zum Opfer fallen und dass die Koalitionspartner bei den noch vorzunehmenden Einsparungen auf den Ausgabenseite ebenso viel Phantasie entwickeln wie bisher bei den Steuererhöhungen.